



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1917**

191 (25.4.1917) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-173019](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-173019)



gehört. Auch in der Auffassung ihrer Entscheidungsbefugnisse sind die Franzosen nicht faul. 16 Milliarden jährlich hat sich der „Matin“ herausgerechnet, das sind aber Zahlen, die von anderen Blättern längst überholt sind. In dem weit verbreiteten „Journal“ beurteilt jemand das deutsche Volk zu langjähriger Sklaverei, damit Frankreich wirtschaftlich alles wieder herbeibringe, was es durch den Krieg verloren hat. Wir erinnern daran, daß dieser Gedanke schon vor einer Reihe von Monaten mit wissenschaftlichem Ernst in englischen Zeitungen abgelehrt worden ist. Wären die deutschen Sozialdemokraten gegen diese Ideen unserer Feinde im Westen durch ihre Journalistiken aufmerksam? Sie werden Enttäuschungen erleben.

Auch in Rußland, wo die Verhältnisse noch im Fluß sind, fehlt es keineswegs an Kriegsgeheimnissen, in denen man den Einfluß der westlichen Bundesgenossen erkennt. Unsere Feinde sehen alles, was bei uns geschieht, daraufhin an, ob es zur Aufrechterhaltung ihrer eigenen schwer leidenden Bevölkerung ausreicht werden kann. Die Hebeher der sozialdemokratischen Revolution haben sich bei ihrem Vordringen durch den Frieden fördern wollen, nicht in Richtung gestellt. Wenn man aber in einem Berliner Blatt von einem „Agenda“ geschrieben wird, vor dem wir leben und in den wir die sozialdemokratische Partei hineinreihen soll, kann diese Tonart nur Schaden anrichten. So haben die Dinge in Deutschland nicht, und in solchen Höhe sollte man sie nicht vor dem Ausland nicht erwidern lassen. Eine fast ganz Döge führende Politik verlangt Einheit im Innern und in dem starken Willen zu starrer Verteidigung des Vaterlandes ist sie verbunden.

Die mitteleuropäische Gruppe der sozialistischen Internationalen, die wir nicht gleichgültig haben unserer deutschen Arbeiterklasse, hat eine Probe angestellt, wie weit ihr Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Geschäfte Mitteleuropas gehe. Sie war nach den Äußerungen ihrer Presse ihrer Sache ziemlich gewiß gewesen, mancher ihrer ehrgeizigen Führer mag sich schon als Präsident des Friedenskongresses vorausgesehen haben und vielleicht auch noch als mehr... Wir haben hier mehrfach betont, der Sozialismus überschreite seine Macht, als eine große Volksbewegung verwechselte er sich mit dem deutschen Volke. Aber er ist noch nicht einmal die deutsche Arbeiterbewegung, in der starke und wertvolle Teile weder jenseit demokratischen noch seine international-weltbürgerlichen Ideale teilen, geschweige denn das deutsche Volk. Das in seinem Unternehmertum, seinem gewaltigen Ritzstand, seinen Beuern doch ebenso wichtige Elemente enthält wie die sozialdemokratische Arbeiterklasse. Alle diese zusammen erst bilden den Staat, die nationale Rechtsorganisation, und die Richtung, die diese nach außen nimmt, kann nicht von einem Teil allein bestimmt werden, sondern wird sich auf der Grundlage der Kräfte bewegen. Und so war es selbstverständlich, daß Herr Scheidemann in irtümlicher Nachahmung eine diplomatische Niederlage erleiden mußte, sofern an der Spitze des Staates ein Mann von selbständiger Gesinnung und Verantwortungsgefühl stand, der dem Gange zu dienen vorhat und nicht einer einzelnen Partei. Der Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung mag ja nicht durch legitime Klarheit und Entschiedenheit ausgezeichnet sein, die liegt nun einmal der heutigen politischen Zeitung nicht im Wege. Aber das eine wird auch wohl Herr Scheidemann aus den vorsichtig abgemessenen Worten der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung herausgefunden haben, daß Herr von Bethmann-Hollweg nicht geneigt ist, sich den sozialistischen Aktionen für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsschuldungen zur Verfügung zu stellen oder gar zu einer solchen die Initiative zu ergreifen. Das Ziel des Reichstages ist der siegreiche Verteidigungskrieg, Scheidemanns Ziel der Frieden ohne Sieg. Herr von Bethmann-Hollweg mag manchen Alldeutschen nicht geneigen, aber es ist sicher, daß er den internationalen Sozialisten noch weniger genügt. Und das ist erschwerend. Er wird mit solcher national bewussten Politik immer eine starke Mehrheit aus dem deutschen Volke hinter sich haben. Gerade der gefährliche Vorstoß des internationalen Sozialismus wird unter Zurückstellung weitergehender Wünsche zum engeren Zusammenschluß aller Gegner des sozialistischen Verzichtsfriedens mahnen und drängen, zu einer kompakten Gemeinsamkeit der Taktik wenigstens, mag auch in den sachlichen Zielen nicht voller Einklang herrschen und heute noch schwer zu erzielen sein. Vielleicht würden wir auf diesem Wege tatsächlichen Zusammenarbeitens doch auch mehr Einfluß auf die Haltung der Regierung in der Kriegszweckfrage gewinnen, in der sie sich noch immer unmäßig spröde und feuchtschlechtig. Wir wissen immer erst — auch der folgende halbamtliche Artikel der Kölnischen Zeitung beweist es —, daß die Regierung nicht auf einen Verzichtsfrieden hinarbeitet, daß sie die ihn erstrebende Aktion der Sozialisten für schädlich hält, weil das feindliche Ausland in ihm ein Eingeständnis unserer Schwäche sieht und nun erst recht nicht von seinen wilden Eroberungsabsichten ablassen wird, wir wissen es, daß die Regierung mit uns übereinstimmt, daß die Scheidemannsche Aktion uns den Frieden nur in weitere Ferne rückt. Aber wir wissen noch nicht, welchen Inhalt sie selbst dem starken deutschen Frieden zu geben bereit ist, den ihre Organe doch auch oft genug schon im Grunde geführt haben. Sollte die Kraftprobe des internationalen Sozialismus zu einer engeren taktischen und also wichtigeren Gemeinschaft der Anhänger dieses starken deutschen Friedens führen, so würde das wahrscheinlich auch die Klärung über die politischen Ziele der Regierung fördern.

**Zum Friedensgedenke.**

In einem Berliner Artikel der „Köln. Ztg.“ wird ausgeführt: Im „Matin“ vom 7. April überschreibt ein bekannter Finanzmann, M. de Bernville, einen Artikel mit den Worten: „Deutschland muß den Allerten 16 Milliarden jährlich bezahlen.“ Das ist der Schluß, zu dem dieser Artikelsschreiber auf Grund einer Besprechung unserer wirtschaftlichen Lage gelangt. Er tritt dafür ein, diese Kriegsschuldung auf ein Jahrhundert auszudehnen! Im „Matin“ vom 17. April wird über eine Ansprache berichtet, die der Senator Chéron bei der Ostersitzung der Generalräte der Departements hielt und worin er sagte: „Alle Kriegskosten müssen Ihnen (den Deutschen) zufallen, sie müssen alle Pensionen der Familien der Gefangenen tragen, alles, was sie zerstört haben, von der geringsten Hütte bis zur herrlichsten Kathedrale, muß auf ihre Kosten wieder aufgebaut werden. Kein unzulässiges Mitleid mit ihnen. Man sollte meinen, demgegenüber sei jedes Gerede von einem Verzichtsfrieden von vornherein sinnlos. Glaubt man in den sozialdemokratischen Kreisen, daß man diese Stimmen mit Äußerungen der Verzichtsbereitschaft zum Schweigen bringt, daß man diese Bestimmung befeitigt, indem man sie ignoriert? Kann man andererseits glauben, daß unsere Regierung mit dieser Gesinnung nicht rechnet? Wir möchten, es sei jetzt wirklich dringender Anlaß, sowohl das Gerede von dem Abgrund, dem wir angeblich zureiben, einzustellen, wie die Versuche, auf dieses verblendete Frankreich mit etwas anderem einzumirken als mit der festen Entschlossenheit, seine unwichtigen Wünsche anzuschle-

ich zu machen. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes läßt sich weder von dem einen Lager mittraulich, noch vom anderen schlapp machen.

**Deutscher Reichstag.**

**Scheidemann und Rußland.**

Berlin, 25. April.

(Von unserem Besonderen Mitarbeiter.)

Der Reichstag hat gestern nur eine kurze Sitzung abgehalten. Eigentlich war er nur zusammengetreten, um, was der Herr Reichstag allein zustande gebracht hätte, die Tagesordnung für die nächste Sitzung vom Mittwoch kommender Woche festzusetzen. Soweit dieser als Programm. Der Reichstag hat aber außerdem durch eine Geschäftsordnungsdebatte geführt und über einen Antrag zum Teil sogar gegen die Intervention von Reich und Volk. Die reden gar nicht erst von Herrn Ledebour, von dem man nunmehr ganz ruhig sagen kann, daß er, ob mit Bewußtsein oder aus fanatischer Verblendung, als Sachwalter unserer Feinde wirkt. Auch darüber braucht man sich nicht mehr aufzuhalten, daß die kurze Ansprache von seinem Vortritt, wie wenig befriedigend wie noch gefühlt hat. Das sind Dinge, mit denen wohl oder übel wir uns abfinden müssen. Der Vortritt ist, weil seine Reden sich nicht durch 3 Jahre hindurch bewahren lassen, so und den Rest dieses Volkenskampfes werden die nächsten müssen ohne die Unterstützung der Männer und Frauen, die den Herren Hohe und Ledebour folgen.

Besonders aber in mehr als einer Beziehung war das Auftreten des Herrn Scheidemann. Er betonte, daß der Reichstag sich nun wieder auf eine Woche versetze und sollte als dringende Aufgabe für die nächste Zeit eine Aussprache über die äußeren und inneren Probleme hin, die durch die russische Revolution verursacht seien. Es gerade auch die inneren deutschen Probleme durch die russische Umwälzung in Rußland gedrückt worden sind, wird man vielleicht betonen können. Immerhin mag das noch hinreichen. Selbstverständlich war, was die Herren Scheidemann ex cathedra als den „Gegensatz der sozialistischen russischen Revolution“ enthielten. Diese, so verstandete er, gebe auf den allgemeinen Weltfrieden aus, der kein Volk unterdrücke und vernachlässige, aber alle befreie. Zudem aber beschrieb er die Führer der sozialistischen Weltrevolution in der Seele des russischen Volkes entzündet. Herr Scheidemann betonte dabei zu übersehen, daß die russische Revolution doch zum mindesten auf gleichen Teilen von der Bourgeoisie ausgegangen, die, wenn sie den der Völkung der Völker sprüht, darunter die Ausweitung und Aufhellung der führenden Nationen, der beiden Kaiserreiche, versteht. Auch der Inhalt der Friedensrede und den Sinn für diese Weltrevolution im russischen Volk einzuhalten habe, wird niemand, der bisher die russischen Bestimmungen aufmerksam verfolgt hat, ernsthaft haben. So, wie wir zu wissen glauben, Herr Scheidemann die russische Sprache nicht beherrscht, kommt man aber die Rede nicht hinweg. Woher weiß der Führer der Sozialdemokratie das alles? Und wie ist es möglich, daß ein Mann, der bislang einzigen Sinn für politische Wirklichkeit gezeigt hat, auf einmal in dem unerlösten Wortschlager zu wälzern beginnt und dem deutschen Volke annimmt. Nur auf diesem unglücklichen Wege zu folgen? Man hat immer mehr das Gefühl, daß die deutsche Sozialdemokratie aus Freude und Stolz über die Rolle, die die sozialistische Partei in Rußland spielt, den Kampf verloren hat und keineswegs in einer Hinsicht von Täufern und Wahnsinnigen unterrichtet wird. Was eine Bemerkung, die Herr Scheidemann in der Geschäftsordnungsdebatte machte, läßt hervorkommen, daß die konservative Partei, wie das ihre Presse ja schon mehrfach getan hat, für diese in jedem Belange bedauerliche Wendung der Revolution die Schuld anzuhängen willens ist. Das ist unsern Creditoren unverständlich. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat, vornehmlich, selbstständig bereits den Internationalen Redner geantwortet.

Die Debatte der Geschäftsordnungsfrage ist nun einmal eröffnet und der Regierung bleibt, wie die Dinge liegen, kaum eine Möglichkeit der Einwirkung. Sie kann doch nicht auf je jeder Rednerüberhöhung die ihr und anderen aus dem oder jenen Grunde nachzugehen, eine Kritik üben. Es ist nun einmal so, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sagt: Die Weigerung internationaler den einzelnen Gruppen ihre Preisunterstützungen halten wollen, müssen durch deren parteipolitischen Empfinden bestimmt werden. Selbst dieses Gemisshaus mitunter aus, oder erweist es sich als zu schwach, so soll man die unglückliche Veranlassung des deutschen Volkes bekennen, das selbst diese 8 Milliarden jetzt nicht zur politischen Reife zu erziehen vermochte.

**Sitzungsbericht.**

Berlin, 24. April.

Im Bundesratsbüro Unterhaussekretär Richter, Präsident Dr. Raab und die Sitzung am 24. April. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anträge.

Hr. Dr. Heßler (F. Sp.) sprach: Das Bundesgesetz Fremdenrecht bringt in der Abendnummer vom 14. April Enthaltungen über feindliche Staatsangehörige, die daraus abgeleitet, mit Hilfe von feindlichen Organisationen und in feindlicher Art Spenden in Deutschland zu verbreiten und unsere unentbehrlichen Rohstoffe zu gefährden. In der Herr Reichstagsler bereit, Auskunft zu erteilen über die weiteren Ergebnisse der amtlichen Untersuchung, besonders darüber, ob die Untersuchung nicht ein Verbrechen der feindlichen Regierung an diesem enthielten traurigen Ereignissen hat?

Generalmajor Friedrich: In einem an einen französischen Gefangenen gerichteten Brief wurden in einem Buchen eingedruckte 5 Zeilen in Schlüsselchrift gefunden mit der Aufforderung an die feindlichen Kriegsgefangenen zu größeren Brandstiftungen, Erregung von Störungen, Schädigung der Kartoffelproduktion, der Getreide usw. Außerdem ergab das vorgenannte Material, daß es sich um einen großangelegten Plan handelte, Deutschland wirtschaftlich über zu schädigen. Unschuldig in die Gefahr war. Die Bevölkerung ist daher öffentlich durch die Presse aufklärt worden. Außerdem ist eine entsprechende Durchsichtung aller an die Kriegsgefangenen gerichteten Briefe angeordnet worden. Sollte dies nicht genügen, so wird zu weiteren Maßnahmen geschritten werden. Die bisherige persönliche Untersuchung der Briefe hat überdies den Verdacht bestätigt, daß es sich um eine weit verbreitete Organisation handelt. (Hört! hört!) Ein Beweis, daß die französische Regierung ihre Hand mit im Spiel hat, ist aber nicht erbracht worden.

Hr. Dr. Reumann-Oster (F. Sp.) sprach: In einigen kleinen Bundesstaaten, die einen lebhaften Währungs- und Sommergeschäftsbetrieb aufweisen, müssen in diesem Jahre die Steuern bisher ausschließlich von den für die einheitliche Besteuerung berechneten Rohwertmehrmengen verlegt werden. Für die kürzlich des vorigen Jahres haben sich die Währungs- und Sommererträge selbst noch mit den in diesem Jahre vorhandenen Vorräten an Lebensmitteln versehen können. Die Tagesration an Brot, Getreide und Kartoffeln war noch erheblich größer als in diesem Jahre. Manche wichtigen Lebensmittel waren überhaupt noch nicht rationiert. Schließlich haben die kleinen Bundesstaaten, auch nach besondere Zuweisungen an Lebensmittel empfangen. Für diesen Sommer fehlen diese Möglichkeiten fast ganz, ebenso irgendwelche besonderen Zuweisungen an die kleinen Bundesstaaten.

Hr. Herr Reichstagsler bereit, schleunigt Anordnungen zu treffen, daß die kleinen Bundesstaaten, die wegen ihres geringen Umfangs nicht in der Lage sind, einen billigen Ausgleich innerhalb des eigenen Gebietes vorzunehmen, für die Ernährung der Fremden ein Entgelt gegeben wird, nötigenfalls aus den Lebensmittelmengen derjenigen Bundesstaaten, die infolge dieses Fremdenverkehrs erhebliche Ersparnisse im Verbrauch von Rohstoffen machen?

Director im Kriegsbeschäftigungsdienst v. Ospeca: Die Versorgung der Fremden ist im Kriegsbeschäftigungsdienst Gegenstand eingehender Besprechungen mit dem Fremdenverkehrsamt. Die Besprechung ist beendet. Wenn auch eine Versorgung in dem Umfang, wie sie von den Beteiligten und besonders von den Sen-

tenvereinen gewünscht wird, unter den heutigen Verhältnissen nicht besteht, so ist doch auch geboten, eine Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Kategorie möglichst zu vermeiden. Erholungsbefähigung, die zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit oder zur Wiedererlangung ihrer körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit einen längeren Aufenthalt in einem Ausort nehmen müssen, müssen dort auch Verpflegung finden. Eine Zuteilung von Lebensmitteln an die Kurorte durch die Reichsstelle kann nicht erfolgen, da die Doppelbelieferung der Interessenten der übrigen Bevölkerung gegenüber nicht verantwortet werden könnte. Um eine Doppelbelieferung zu vermeiden, muß ein Ausgleich stattfinden, indem die Versorgung von dem gewohnten Aufenthaltsort auf den neuen Aufenthaltsort übernommen werden muß. Danach werden Ersparnisse an Lebensmitteln in dem einen Staat dem anderen überlassen werden.

Es ist ferner vorgebracht, daß die durch den Fremdenverkehr besonders betroffenen Städte, vorwiegend kleinerer Verkehrs- und Wirtschaftszentren, durch die durch die russische Revolution verursachte Knappung an Lebensmitteln erhalten können. Der in dem Antrag enthaltene Vorschlag wird demnach Rechnung getragen werden.

Ein Antrag von Petitionen wurde als erledigt erklärt.

Au die Kautschukgesetzgebung für die Schutzgebiete für 1915 wird eine Förderung nicht angefragt. Der Reichstag erklärt, daß durch die Vorlage den gesetzlichen Vorschriften genügt ist.

Die Reichshaushaltsrechnung 1915 wird über die Debatte der Rechnungscommission überlesen.

Der Reichstag hat die Tagesordnung erledigt. Der Reichstag schließt die nächste Sitzung am 2. Mai, am 2 Uhr nachmittags, ab, um die Beratung der zweiten Beratung der Reichshaushaltsrechnung.

In diesen Vorlesung schließt sich eine längere Debatte zur Geschäftsordnung.

Hr. Scheidemann (Soz.): Wir behaupten, daß der Reichstag zusammengetreten ist, um sich sofort wieder zu versetzen. Er sollte sich über Probleme der äußeren und inneren Politik baldigst auseinandersetzen. Sowohl in London wie in New-York und in Rio de Janeiro predigt man den Verteidigungskrieg gegen die Autokratie. Wir fürchten diese Drohung nicht, wissen aber, daß die Pläne der Gegner die Welt mit dem Ruin bedrohen. Dieser Gedanke erfüllt uns mit großer Sorge. Andererseits protestiert die russische Revolution gegen die Verletzung aller Völker. Ich behaupte, daß die Lage der Geschäftsordnung eine Erleichterung dieser Dinge nicht zuzuläßt. Ich hoffe, daß baldigst Gelegenheit dazu geboten wird.

Hr. Ledebour (F. K.): Wir können uns nicht mit einem einfachen Behauptern begnügen. Wir fordern, daß der Reichstag morgen zusammentritt zur Beratung der Geschäftsordnung. Durch die Rot sind hunderttausend Arbeiter zur Arbeitsniederlegung gezwungen worden. (Woh! woh! kein, durch Ihre Agitation.) Sie kennen ja die Rot der Arbeiter gar nicht. Die Geschäftsordnungsfragen gehören mit zu den wichtigsten und friedensgefährlichen. Sie können nicht verstehen, wie der Reichstag, ohne hinlänglichen Grund, sofort wieder für acht Tage schließt.

In seinen weiteren Ausführungen ergreift sich der Redner in Sonntagsfragen die Regierung. Er wird durch lebhaftes Gerede unterbrochen, worauf durch Herrn v. Bethmann-Hollweg das Wort entzogen.

Hr. Graf v. Helldorf (Kons.): Wir teilen den Standpunkt der beiden Vorträger keineswegs, sondern sind vielmehr mit einer baldigen Aussprache über die Ernährungsfragen, den Gehalt der Sozialdemokraten und der russischen Arbeiterfrage. Wir wünschen, daß der Reichstag sich für in diesen Fragen auspricht. Wir haben nichts dagegen, morgen über die Ernährungsfragen zu verhandeln.

Prinz Bernhard-Gottlieb (Nat.): Auch wir wünschen eine baldige Aussprache über diese Fragen. Immer wir die Ernährungsfragen noch vor den Ferien behandeln werden. Es wird aber schwerlich sein, die Abgeordneten herbeizuladen.

Hr. Ledebour (F. K.): Ich wage, meine Hoffnung auf den Großen Vortritt zu setzen. (Woh! woh!) Die Abgeordneten lassen sich keineswegs sehr bald herbeiführen. Der Präsident leitet über die Ernährungsfragen (Prose Unruhe.) Der Redner wird wegen Verletzung der Regeln des Reichstages zur Debatte gerufen und ihm abermals das Wort entzogen.

Hr. Graf v. Helldorf (Kons.): Wenn der Hauptantrag des Reichstages durch die Ernährungsfragen in seiner Arbeit gehindert wird, dann können wir überhört nicht vom Reich. Ich bitte, es bei der Sitzung am 2. Mai zu belassen.

Hr. Graf v. Helldorf (Kons.): Ich werde auf Herrn Ledebour niemals meine Hoffnungen setzen. Künftig der ganzen Geschäftsordnung stimmen wir gegen diesen Antrag.

Der Antrag Ledebour, morgen eine Sitzung abzuhalten, wird abgelehnt. Es bleibt bei dem Vorschlag des Präsidenten. Schluß 24 Uhr.

**20 Flugzeuge und ein Feindballon abgeköpft.**

Berlin, 24. April. (Mitt. Nichtamtlich.) In den Hauptkampfbereichen herrscht am 23. April rege Flugtätigkeit. Unsere Erkundungsflieger drangen weit ins feindliche Gebiet ein und brachten wertvolle Meldungen heim. Mehrere Bombenflugzeuge warfen mit sichtbarem Erfolg auf Bahnhöfe und Truppenunterkünfte im ganzen 1374 Kilogramm Sprengstoff. Unsere Infanterie- und Artillerieflieger unterstützten die hart kämpfenden Truppen in oft bewährter Weise. Die Luft von Paris trafen die feindlichen Truppenansammlungen besonders wirksam mit Raschengebüschern an.

Der Gegner büßte im Luftkampf zwanzig Flugzeuge ein. Von ihnen wurden nicht weniger als fünfzehn jenseits der feindlichen Linie abgeköpft. Wieder ein überzeugender Beweis gegen die Behauptung unserer Gegner, daß unsere Flugzeuge sich selten über die eigenen Gebiete hinauswagen. Wiederum wurde ein feindlicher Feindballon südlich von Verdun brennend zum Absturz gebracht.

Minister Freiherr v. Richthofen blieb zum 47. Mal Bruder Leutnant Freiherr v. Richthofen zum 10. Male Sieger im Luftkampf.

Leibbare Luftschiffe versehen den Küstenbewachungsdienst von Genua.

Bern, 24. April. (Mitt. Nichtamtlich.) Corriere della Sera meldet: Durch leibbare Luftschiffe soll in den kommenden Monaten im Golf von Genua ein verstärkter Küstenbewachungsdienst durchgeführt werden.

Luxemburg, 24. April. (Mitt. Nichtamtlich.) Zu Beginn der heutigen Kammer Sitzung erklärte Staatsminister Thoren: Da die jetzige Regierung nicht mehr das Vertrauen habe, das sie verlangen müsse und ergenig und Vertrauen in ihre Pflicht erfüllt haben, habe die Regierung ihr Mandat in die Hand der Großherzogin zurückgelegt. Darauf verließen die Regierungsglieder den Saal. Nach deren Verlassen stellte der Sozialist Thoren den Antrag, eine Glückwunschadresse an die russische Regierung zu senden. Die Kammer erklärte sich mit 26 gegen 20 Stimmen gegen die Annahme dieses Antrages. In dieser Angelegenheit ist die Regierung inkompetent.

Aus Stadt und Land.

Mit dem ausgezeichnet

Gez. Herr Georg Müller, Salzwitz von hier. Schloß Herrich, bei der Firma Ch. Lang, welcher vor 1 Jahr zum Jahreswechsel beurlaubt wurde und die bisherige Abwesenheit bezeugt.

Sonstige Auszeichnungen.

Rüt der Bobischen Hübneren Bedienungsbefehle wurde Seher Wilhelm Groß ausgezeichnet.

Wahlprüfung für die dem Herrn ausgehändigten... Das Schulbuch... die Wahlprüfung... die Wahlprüfung...

Beurlaubung. Unter überaus großer Beteiligung fand gestern... die Beurlaubung... die Beurlaubung...

Reise nach... Die Reise nach... die Reise nach...

Veranstaltungen. \* Saalbauverein... \* Saalbauverein... \* Saalbauverein...

Spielplan des Großh. Hof- u. National-Theaters Mannheim. Table with columns for Hof-Theater and Neues Theater, listing dates and plays.

Mannheimer Schöffengericht. \* Ein schamloses Verbrechen... \* Ein schamloses Verbrechen... \* Ein schamloses Verbrechen...

Mannheimer Schöffengericht. \* Diebstahl... \* Diebstahl... \* Diebstahl...

Am Donnerstag, den 26. April gelten folgende Marken:

- List of market prices for various goods like flour, sugar, and other commodities. Includes items like 'Weizen', 'Roggen', 'Gerste'.

Zur Pferdebesitzervergütung.

Text regarding horse ownership compensation, mentioning the 'Pferdebesitzervergütung' and the 'Landesregierung'.

Zur Fleischbesitzervergütung.

Text regarding meat ownership compensation, mentioning the 'Fleischbesitzervergütung' and the 'Landesregierung'.

Zur Viehbesitzervergütung.

Text regarding livestock ownership compensation, mentioning the 'Viehbesitzervergütung' and the 'Landesregierung'.

Großh. Hof- und Nationaltheater Mannheim.

Die Zauberflöte. Dr. Karl Hagemann.

Artistic review of the opera 'Die Zauberflöte' at the Mannheim Hof- und Nationaltheater, discussing the production and the role of the conductor.

Die Zauberflöte.

Continuation of the artistic review for 'Die Zauberflöte', focusing on the musical aspects and the performance of the cast.

Die Zauberflöte.

Continuation of the artistic review for 'Die Zauberflöte', discussing the historical context and the significance of the opera.



### Letzte Meldungen. Die spanische Note.

Berlin, 24. April. (W.T.B. Nichtamtlich.) Die von dem spanischen Botschafter am 20. April auf dem Auswärtigen Amt übergebene Note lautet in der Uebersetzung wie folgt:

In ihrer Antwortnote vom 6. Februar sprach die königliche spanische Regierung von einer unabwieslichen Pflicht, die sie zwingt, das Leben ihrer Untertanen zu schützen und zu bewahren, das Leben ihrer nationalen Existenz nicht untergeben zu dürfen; angesichts des angekündigten unerbittlichen Vorgehens Deutschlands, ein neues Kriegsgesetz in einem großen Teile der europäischen Meere in Anwendung zu bringen.

In dem verflochtenen Zeitraum hat es sich leider gezeigt, daß die kaiserliche Regierung trotz der freundschaftlichen Gefühle, die beide Länder verbinden, weder Mittel noch Wege gefunden hat, um den berechtigten Ansprüchen Spaniens nachzukommen, noch geglaubt hat, die seit Beginn des Krieges eingenommene feste, korrekte und ehrliche neutrale Haltung Spaniens angesichts der berechtigten Forderungen eines verletzten Völkerrechts berücksichtigen zu können.

Alle wiederholten Versuche der spanischen Regierung, die in der Absicht unternommen hat, den Seeverkehr und das Leben ihrer Seeleute sicher zu stellen, sind gescheitert an dem unerhörten Entschluß der kaiserlichen Regierung, derartige ungewöhnliche und gewaltsame Kriegsmassnahmen anzuwenden, welche angeblich die wirtschaftliche Existenz ihrer Gegner unmöglich machen, gleichzeitig aber diejenige der befreundeten und neutralen Mächte großen Gefahren aussetzen.

Die in diesen Tagen ohne Warnung erfolgte Versenkung einiger Schiffe, insbesondere diejenige des „San Julian“ der nach Spanien Kohlen aus England brachte, wozu er vorher Fracht mit einem deutschen Gesellschaften ausgeführt hat, sowie die seitens der Berliner Regierung für die Rückkehr unserer in den englischen Häfen zurückgehaltenen Schiffe aufgestellten Bedingungen, die, wenn sie nicht von der spanischen Regierung verworfen worden wären, einen großen Teil unserer Handelsmarine zur Unfähigkeit gezwungen hätten, fernere bereits erhaltene Ankündigung, daß unser Seehandel mit dem im Krieg mit Deutschland befindlichen amerikanischen Ländern auf dem Hinweise denselben Bestimmungen unterworfen werden wird, welche in Europa vor dem 1. Februar befolgten Verluste unserer Marine zur Folge hätten, und die schließlich in Anbetracht des so erweiterten Risikos unsere wirtschaftlichen Existenzbedingungen immer schwerer und fast unmöglich machen werden; alles dies beweist, daß die deutschen Absichten weder dahin gehen, das zu wiederholten Malen und in berechtigter Weise geforderte Rechte anzuerkennen, noch in der berechtigten Weise des Ansehens eines Landes Rechnung zu tragen, dessen Freundschaft bis auf den heutigen Tag keine Abkühlung erfahren hat und dessen Neutralität ohne seine Zustimmung erhalten wurde. Wenn die kaiserliche Regierung darauf besteht zu versichern, daß sie ihren Entschluß zur Verteidigung ihres Lebens aufrecht erhält, so darf sie sich nicht wundern, wenn Spanien aus demselben Grunde sein Recht zur Verteidigung seines Lebens betonen muß.

Trotz des abschlägigen Bescheides auf ihre vorhergegangenen Noten vertraut die spanische Regierung immer noch darauf, daß die deutsche Regierung ernsthaft den Sinn und die Tragweite dieser Note wahrzunehmen wird und daß künftig ihre Maßnahmen von der Rücksicht auf das Leben unserer Seeleute und die Sicherheit unserer Schiffe geleitet werden, welche die Träger eines für das wirtschaftliche Leben Spaniens unentbehrlichen Handels sind.

Die kaiserliche Regierung wird in voller Würdigung der schwierigen wirtschaftlichen Lage Spaniens mit der spanischen Regierung in eine Erörterung über die Maßnahmen eintreten, die innerhalb den durch die militärischen Notwendigkeiten gezogenen Grenzen zur Erleichterung der in Spanien entstandenen Schwierigkeiten getroffen werden können.

### Des Kaisers und des Vaterlandes Dank.

Berlin, 24. April. (W.T.B. Amtlich.) Seine Majestät der Kaiser hat an Seine königliche Hoheit den Kronprinzen Ruprecht von Bayern, Führer der im Artois kämpfenden Heeresgruppe, folgendes Telegramm gerichtet: Der neue englische Angriff auf dem Schlachtfelde von Arras ist durch Deine Truppen gebrochen! Den Deutschen von Arras und ihren bewährten Führern, die an Kühnheit, Leistung und Erfolg den Amerikern an der Spitze und in der Champagne es gleich taten, sende ich Weinen und des Vaterlandes Dank! Gott helfe weiter! Wilhelm I. R.

### Zum Angriff auf Dover.

Berlin, 24. April. (W.T.B. Amtlich.) Die britische Admiralität hat in ihrer amtlichen Veröffentlichung vom 22. April über die durch unsere Streitkräfte in der Nacht vom 20.—21. April durchgeführte Beschießung von Dover und Calais die Behauptung aufgestellt, daß auf englischer Seite keine Materialschäden eingetreten und die Verluste an Menschenleben sehr gering seien.

Demgegenüber wird folgendes festgestellt: Das Sinken des in unserer amtlichen Bericht vom 21. April erwähnten feindlichen Zerstörerbootes ist von den Befehlungen einer ganzen Gruppe unserer Torpedoboote einwandfrei beobachtet worden. Das feindliche Fahrzeug wurde durch das Torpedo eines unserer Torpedoboote in die Mitte getroffen und laut wenigen Minuten nach einer schweren Detonation mit dem Kopf zuerst fünf Minuten später erfolglos auf einem andern englischen Zerstörer eine schwere Explosion mit Flammebildung, wahrscheinlich infolge Torpedotreffers eines unserer nicht zurückgezogenen Torpedoboote. Dieser Vorgang ist von den Befehlungen mehrerer Torpedoboote einwandfrei beobachtet worden. Nach der Schwere der Explosion zu urteilen, ist dieses Fahrzeug mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls gesunken. Ein anderer englischer Zerstörer der unmittelbar am Kopf eines unserer Torpedoboote vorbeifuhr, erlitt durch die Artillerie unserer Streitkräfte an der Bordseite des Zerstörerbootes ein großes Loch. Seine Kommandobrücke wurde darauf zerstört, daß sie nach der Seite überging; sein Hinterdeck brannte. Ein weiteres Zerstörerboot, das etwa 20 Meter hinter einem unserer Fahrzeuge hindurchbrach, erlitt zwei Artillerietreffer im Vordschiff, unmittelbar hinter der Kommandobrücke. Ein anderer englischer Torpedobootezerstörer wurde hinter der Kommandobrücke getroffen.

Auf die Behauptung der britischen Admiralität über die Gefährdung der Personalverluste näher einzugehen, erübrigt sich. Es genügt, auf die englischen Schiffverluste und auf die den englischen Fahrzeugen beigebrachten Artillerie-

treffer sowie auf die von der auswärtigen Presse gebrachten Mittelungen hinzuweisen, wonach in der Hochhalle von Dover neben unseren Gefangenen eine größere Anzahl englischer Gefangener aufgebracht war.

### Die russische Revolution.

Petersburg, 24. April. (W.T.B. Nichtamtlich.) Meldung der Petersburger Telegramm-Agentur. Mehrere Soldaten-Abgeordnete von der Front trafen in Petersburg ein und besichtigten die Kasernen, um die Gerüchte, daß die Disziplin bei verschiedenen Abteilungen der Garnison zu wünschen übrig lasse, auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Die Abgeordneten stellten fest, daß die gewöhnliche Arbeit der Soldaten in Petersburg sich nicht vermindert hat. Außer verschiedenen außerordentlichen Arbeiten, wie Straßenreinigung und die Entladung von Waggons, machten die Soldaten eifrig militärische Übungen. Die Abgeordneten waren mit der in der Petersburger Garnison herrschenden Ordnung ganz zufrieden.

### Die bulgarische Presse über Rußland.

m. Sofia, 25. April. (Priv.-Tel.) Die „kaiserliche Ztg.“ meldet aus Sofia: Die Ereignisse in Rußland beschäftigen auch weiterhin die bulgarische Presse außerordentlich. Der „Mir“ bringt gleich zwei Leitartikel hintereinander über dieses Thema. Im ersten schildert er die Verführungsvorwürfe der Entente und Amerikas, das alles Geld zur Verfügung stelle, um Rußland zu womöglich noch größeren Kriegsanstrengungen zu bringen. Nach diesem Verführungs- und Befehdungsversuche würden Drohungen kommen, womit man schon begimme, wenn die Entente jetzt als gläubiger Rußlands das Recht beansprucht, sich in die inneren Angelegenheiten Rußlands zu mischen. All dieses zeige, wie schwach die Entente sich in Rußland fühle, deshalb bedeute eine Verständigung mit Rußland ein Eintreten für Europas Rechte gegen die Konkurrenz anderer Kontinente.

Im zweiten Artikel nennt das Blatt die Lösung des neuen Rußland: „Durch Friede zur Freiheit.“ Gelingt Rußland der Friede, dann sei es der Held der nächsten Zukunft. Ein solcher Erfolg Rußlands sei auch von Bedeutung für die zukünftige Welt, zumal ja Amerikas Einmischung Rußland auf dem Wege zum Frieden nicht hindern könne. Das demokratische Blatt „Brezoreh“, das seine Ausführungen „Moral und Politik“ überschreibt, meint, das Gelingen der Entente von dem Recht der kleinen Völker sei die spanische Wand, hinter der sie ihren Eigennutz versteckt und führt dabei das Beispiel Griechenland an. Der Bierzweig habe demgegenüber erst vor kurzem durch sein Friedensangebot bewiesen, daß er auch den kleinen Völkern helfen wolle. Auch die russische Revolution müsse helfen, daß die Völker der Entente ihren Regierungen endlich Vernunft beibrächten.

### Mitgliederwahlen zum Verfassungsausschuß.

Berlin, 25. April. (Von unfr. Berl. Büro.) Wie wir gestern bereits mitteilten, ist die Konstituierung des Verfassungsausschusses auf den 2. Mai befristet worden. Den Vorsitz wird in diesem Ausschuss nach dem Tode des Sozialdemokraten führen und zwar hat die sozialdemokratische Arbeiterschaft Herrn Scheidemann zum Vorstehenden anzuwählen. Die Sozialdemokratische Partei will in ihren Sitzungen, die die Reichstagsfraktion und die Landtagsfraktion heute gemeinsam abhalten sollen, ihre Mitglieder zu dem Verfassungsausschuß wählen. Die Nationalliberalen werden das erst am nächsten Mittwoch tun. Die Sozialdemokraten haben bereits ihre Mitglieder des Verfassungsausschusses gewählt und zwar sind das die Herren Dr. David, Dr. Grobner, Seine, Landstera und Scheidemann. Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses wird heute demnächst eine Sitzung abhalten, in der sie über die Osterferien und die deutsche Wählerliste beraten wird.

### Zwei Anträge.

Berlin, 25. April. (Von unfr. Berl. Büro.) Im Hauptauschuß des Reichstages sind für die Beratungen des Gesetzes folgende zwei Anträge gestellt worden: Dr. Min. Sohn hat der sozialdemokratischen Arbeiterschaft auf Einlegung eines besonderen Ausschusses, der in ständiger Verbindung mit dem Reichsausschuß die Freizügigkeit und die Vermittlung der beiden Parteien überwacht; Grobner u. Gen. auf eine dem Reichsausschuß voll entsprechende Vergütung der Mitglieder für die von der Reichsbehörde einigten Kirchenstellen und auf Befreiung von Gewerbesteuer gegen Rückzahlung der Vermögensnachverteilung des Krieges, sowie auf Gewährung von Unterkümmern an bedürftige Kriegsgenossen sowie deren Ankaufung der Güter.

## Handel und Industrie.

### „Atlas“ Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft in Ludwigshafen a. Rh.

Nach dem Rechenschaftsbericht für 1916 trat auch im abgelaufenen Jahre in den Verhältnissen, wie sie der Weltkrieg für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft schuf, keine wesentliche Änderung ein. Die Kriegsergebnisse der Lebensversicherung, deren Bedingungen die Kriegszeit ganz allgemein — ohne jeden Vorbehalt und ohne jede Sonderleistung des Versicherungsnehmers — decken, erforderten wieder beträchtliche Aufwendungen, die jedoch nicht unerheblich hinter jene für die Kriegsjahre 1914 und 1915 zurückblieben. Die geschäftsplanmäßige Kriegsversicherungsreserve wurde auch im Berichtsjahre nicht in Anspruch genommen, vielmehr wieder, wie in den Vorjahren, vermindert und die geschäftsplanmäßige Zurechnung für die fernere Kriegszeit zurückgelegt. Für Schäden, die heute noch nicht zahlenmäßig genau festgestellt werden können, sind 300.000 M. zurückgestellt. Für Kriegsverluste sind auf Grund des Standes der Wertpapiere vom 31. Dezember 1916 138.336 M. abgeschrieben worden. Hierdurch ist die Kursausgleichs-Rücklage, die Ende 1915 auf Mark 120.000 betragen war, in Wegfall gekommen. Der gesamte Versicherungsbestand belief sich am Schlusse des Geschäftsjahres auf 11.574 (11.842) Policen über eine Summe von 86.571.096,00 M. (85.678.843,00 M.) versicherter Kapital und 814 (817) Policen über eine Jahresrente von 403.929,07 M. (403.752,79 M.). Die Prämien-Einnahme ausschließlicher Gebühren betrug in der Lebensversicherungs-Abteilung 3.358.105,94 M. (3.493.773,53 M.), in der Unfallversicherungs-Abteilung 740.635,69 M. (802.901,80 M.), während sich die Reserven ausschließlicher der Schadenreserven und der Kapitalreserve in der Lebensversicherungs-Abteilung auf 25.671.969,39 M. und in der Unfallversicherungs-Abteilung auf 900.122,95 M. beliefen. Die Summe dieser Reserven, umfassend die Prämienreserve, die Prämienüberträge, die Gewinnreserve der Versicherer und die sonstigen Reserven, hat im Geschäftsjahre einen Zuwachs von 1.684.212,35 M. erfahren. Der Rückgang in beiden Zweigen des Geschäftes gegen das Vorjahr findet seine natürliche Erklärung in dem durch den Krieg bedingten Verhältnissen, die eine umfassendere Werbetaetätigkeit immer noch unmöglich machen und dazu zahlreiche Unfall- und Hauptversicherungen zum Ruhe bringen.

Der am 9. Mai stattfindenden Generalversammlung wird vorgeschlagen, den einschließlich eines Vortrages von 78.022,49 Mark

(23.453,97 M.) 639.440,29 M. (425.445,47 M.) betragenden Ueberschuss wie folgt zu verwenden: Der Kapitalreserve 5 Prozent auf 501.437,50 M. oder 28.072,51 M. zuzuschreiben, 125.000 M. zur Ausschüttung einer Dividende von 5 Prozent (4 Prozent) 101.866,82 M. (50.329,46 M.) für die Begleichung der Beträge des Aufsichtsrates, der vertragmäßigen Gewinnanteile für die Direktoren, sowie der Zuwendungen und Unterstützungen für Beamte und 292.963 M. (180.513,94 M.) für die mit Gewinn beteiligten Versicherer zu verwenden und den Rest von 91.537,96 M. auf neue Rechnung vorzutragen. Die seit 1. Januar 1910 beigetretene Todesfallversicherung erhalten, soweit sie sich für den Barbetrag der Dividende entschieden haben, im Geschäftsjahre 1917 eine Dividende von 15 Prozent der vollen Jahresprämie. Aus der Gewinnreserve für die Todesfallversicherungen mit fünfjähriger Gewinnbeteiligung gelangt im Geschäftsjahre 1917 eine Dividende von 90 Prozent bzw. 65 Prozent bzw. 40 Prozent einer Jahresprämie an die hierfür in Betracht kommenden Versicherten der Jahresklassen 1897, 1902 und 1907 zur Verteilung.

Nach der Bilanz für den Schluß des Geschäftsjahres 1916 betragen bei einem Aktienkapital von 10 Mill. M. und einer Reservereise von 270.459,49 M. (249.559,91 M.) die Prämienreserven 23.210.025,40 M. (21.507.334,71 M.), die Prämienüberträge Mark 1.332.534,48 M. (1.390.846,76 M.), die Reserven für schwabende Versicherungsfälle 851.109,05 M. (847.333,79 M.), die sonstigen Reserven 806.322,90 M. (842.954,54 M.), die Guthaben anderer Versicherungs-Unternehmungen 237.763,86 M. (350.634,92 Mark), während andererseits bei 7,5 Mill. M. Einlagenverpflichtungen der Aktionäre Grundbesitz mit 307.800 M. (311.000 M.), Hypotheken und Darlehen an öffentliche Körperschaften mit 20.908.231,97 M. (20.942.751,08 M.), Wertpapiere mit 4.388.043,05 M. (2.533.947,32 Mark), Guthaben bei Bankhäusern und bei anderen Versicherungs-Unternehmungen mit 1.219.188,62 M. (1.549.245,34 M.), Vorauszahlungen und Darlehen auf Policen mit 1.481.450,73 M. (Mark 1.349.535,78 M.), gestundete Nachzahlungen mit 1.248.872,59 M. (1.170.951,19 M.), gestundete, noch nicht billige Prämienraten mit 554.039,26 M. (580.105,16 M.), rückständige Zinsen mit 273.137,41 Mark (256.760,02 M.), Ausstände bei Generalagenten bzw. Agenten mit 282.747,43 M. (220.828,67 M.) und Ausstände bei Versicherten mit 534.898,77 M. (480.093,12 M.) ausgewiesen werden.

### Getreide-Wochenbericht.

Trotz der allgemeinen rauhen Witterung konnten die Landwirte in der abgelaufenen Woche sich den Feldbestellungsarbeiten widmen. Die Saaten sind im großen ganzen gut durch den Winter gekommen. Auswinterungen sind nicht gerade häufig zu verzeichnen. Nur in Schlesien wird infolge des lang anhaltenden Hochwassers sehr geklagt; auch von Feldbestellung kann in den betroffenen Strichen noch nicht die Rede sein. Die Zählungen von Getreide halten sich in den bisherigen Grenzen, doch dürfte in nächster Zeit wohl eine verstärkte Ableseernte zu erwarten sein, da die vom Preussischen Staatskommissar veranlaßte Nachschau bereits in zahlreichen Kreisen vorgenommen ist und sich dabei erhebliche Mengen ergeben haben, welche demnächst verladebereit sein dürften.

Die Ernte rumänischer Weizens hat begonnen und es sind bereits erhebliche Mengen im Süden und Südosten des Reiches eingetroffen. Die Qualitäten sollen die gleichen sein, wie bei dem schon früher während der Kriegsdauer eingeführten Getreide, d. h. es befindet sich viel stark befeuchtete Ware darunter. Auch Weizen aus der Ernte 1915, der von den Engländern angekauft war, soll damit jetzt erst zur Verladung kommen.

An den amerikanischen Märkten sind ganz erhebliche Preissteigerungen zu verzeichnen, welche erst gegen Ende der Woche eine Abschwächung erlitten. Die Erhöhung war zurückzuführen auf ungünstige Saatenstände und Wetterberichte sowohl aus der Union als auch Canada, ferner auch aus Argentinien, insbesondere was Mais anbetrifft. Als in den letzten Tagen der Woche günstigere Saatenstände und Wetterberichte einliefen, wurde die Stimmung matter. Mit einem Ausfuhrverbot der Vereinigten Staaten nach dem Muster Argentiniens kann kaum gerechnet werden, nachdem Präsident Wilson darauf hingewiesen hat, daß es die erste Aufgabe der Union im Krieg sei, für ausreichende Lebensmittelerzeugung und -Lieferung in die Entente-Sorge zu tragen. Ohne Zweifel werden die Amerikaner kein Mittel unversucht lassen, eine gute Ernte zu erzielen. Welche Erfolge ihre Bemühungen in dieser Richtung erzielen werden, bleibt abzuwarten. Heute aber schon kann die Lage in England als sehr ernst bezeichnet werden, wie aus den in dieser Hinsicht immer zahlreicher und deutlicher werdenden Ausfuhrungen in der englischen Presse zu entnehmen ist. Brot ist heute in England so knapp wie in Deutschland, Kartoffeln noch knapper, was wir als Erfolg unserer U-Boote mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen dürfen.

### Amsterdamer Warenmarkt.

Amsterdam, 24. April.
Tabelle mit Preisen für verschiedene Waren wie Zucker, Mehl, etc.

### Letzte Handelsnachrichten.

Rheinische Bank in Liquidation, Duisburg.
r. Düsseldorf, 25. April. (Priv.-Tel.) In der Generalversammlung war ein Aktienkapital von 15.957.000 M. vertreten. Die Liquidationsbilanz vom 31. Dezember 1916 wurde genehmigt. Danach ergibt sich ein reiner Ueberschuss von 19.274 Mark, von dem sich der von dem früheren Aktienkapital verbleibende Restbetrag auf 9.938.982 M. erhöht. Trotz der ungünstigen Lage des Grundstückenmarktes, welche die Abwicklung derartiger Geschäfte behindert, sei es gelungen, die Liquidation erheblich zu fördern. Im laufenden Geschäftsjahre hat die Liquidation einen beträchtlichen Verlust genommen.

Berlin, 24. April. (W.T.B.) Der Aufsichtsrat der Gebr. Körting A.-G. beschloß, die Ausschüttung einer Dividende von 10 Prozent wie im Vorjahr vorzuschlagen.

### Schifferbörse zu Duisburg-Ruhrort.

Duisburg-Ruhrort, 24. April. (Amtliche Notierungen.)
Bergfahrt: Frachtsätze: nach Mainz-Gustavsburg 2.— M., nach Mainzplätzen bis Frankfurt a. M. 2.10 M., nach Mannheim 2.— M., nach Karlsruhe 2.15 M., nach Lauterburg 2.25 M., nach Straßburg i. Els. 2.50 M.; Schiffsplätze: nach St. Goar 1.30 M., nach Mainz-Gustavsburg 1.60—1.80 M., nach Mannheim 1.80 bis 2.— M. Tallfrachten für Kohlenladung: nach Schiedam (Holland) für mittlere Schiffe niedrigster Satz 5.50 M. pro Tonne. (100 fl. = 200.— M.)

### Wasserstandsbeobachtungen im Monat April.

Tabelle mit Wasserstandsbeobachtungen für verschiedene Flüsse im April 1919.



**Todes-Anzeige.**  
Schmerzerfüllt teilen wir Freunden und Bekannten mit, dass mein innigstgeliebter Gatte, unser treubestorgter Vater, Bruder, Schwiegersohn, Schwager u. Onkel  
**Hans Glaris**  
Leutnant der Reserve im Füsilier-Regiment 40  
Ritter des eisernen Kreuzes  
an seinen am 19. v. Mts. erlittenen schweren Verwundungen im Alter von nahezu 37 Jahren gestorben ist.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen.  
**Anna Glaris nebst Kinder,**  
Ober-Postsekretär Bertole und Familie  
Mannheim (Gontardplatz 5), 21. April 1917.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 5 1/2 Uhr von der hiesigen Leichenhalle aus statt. Ha 100  
Beileidsbesuche dankend abgelehnt.

**Todes-Anzeige.**  
Statt besonderer Anzeige machen wir allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, dass unser innigstgeliebter Sohn und Bruder  
**Fähnleutnant-Unteroffizier**  
**Willy Widmann**  
im Alter von 20 Jahren den Heldentod fürs Vaterland erlitten hat.  
In tiefer Trauer:  
**Familie Nikolaus Widmann**  
Mannheim, Blumvillenstr. 14, den 24. April 1917.  
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

**Übermorgen**  
**bestimmt Ziehung!**  
**Bad. Krieger-Geldlotterie**  
3328 Geldgewinne und eine Prämie  
Mk. 37 000.—  
evtl. Höchstgewinn M. 15 000, Hauptgewinn M. 10 000.  
Lose à 1 Mark, 11 Stück Mk. 10.— Porto  
und Liste 35 Pfg. extra. Jot30  
**Moritz Herzberger**  
P 6, 1 Mannheim. E 3, 17.

**Beste Gelegenheit für Eltern,**  
die ihre Söhne und Töchter gründlich und praktisch für den kaufmännischen Beruf wollen ausbilden lassen. Beginn neuer  
**Tages- und Abendkurse**  
in sämtlichen kaufmännischen Fächern sowie in fremden Sprachen:  
**Neue Kurse beginnen: 1. Mal.**  
— Kurze Ausbildungszeit. — Mäßiges Honorar. — Beste Stellungen. —  
Man verlange sofort schriftlich oder mündlich kostenlose  
Auskunft und Prospekte durch die Leitung der  
**Handels-Lehranstalt Merkur P 4, 2**  
Inhaber: **Dr. phil. Knoke**, staatlich geprüft  
für das Lehramt in den Handelswissenschaften.  
Diplome der Universität Leipzig u. der Handelshochschule Leipzig

**Die Vereinigung zur Förderung  
deutscher Wirtschaftsinteressen im Ausland**  
beehrt sich, zu einem Vortragsabend am Donnerstag, den 28. April, abends pünktlich um 8 1/2 Uhr in der **Kunsthalle zu Mannheim** einzuladen, zu dem Jedermann freien Zutritt hat.  
General-Präsident v. D.  
**Exzellenz Imhoff Pascha-Berlin**  
spricht über die  
**Handelwirtschafflichen Beziehungen Deutschlands zum  
Balkan und der Türkei.**  
Einleitend berichtet Generalsekretär Peter-Köln kurz über die Ziele und Aufgaben der Vereinigung.  
**Der einladende Ortsausschuss:**  
**E. Bassermann von Hollander** H. Knoll  
Reichstagsabgeordneter Bürgermeister Kommerzienrat  
**A. Lindgens-Cöln** A. Reiser  
Kommerzienrat Direktor  
Präsident der Vereinigung Kaiserl. Türk. Gen.-Konsul

**Diese Woche:**  
Groß. Kopfsalat St. 40 Pf., Zwiebel Pfd. 44 Pf.  
Meerrettig, Stg. 15, 20, 25 u. 30 Pf.  
Gurken, Stück 1,15 Mk. Limes  
Grüner Salat, Spinat, verschied. Sorten Tee mit Milch  
Mitteltirake 5 Mitteltirake 5  
Röde Weichling. Kadel Röde Weichling.

**Größeren Posten  
Tapeten**  
solange Vorrat  
immer noch  
zu alten Preisen.  
Bitte beachten Sie meine  
Schonpreise. 21370  
**M. Schüreck**  
Telephon 2021. P 2, 9

**Elektrisch betriebene  
Entstaubungs-Anlagen**  
stationär u. transportabel  
**BROWN BOVERI & CIE A.G.**  
Abt. Installationen vorm. Stotz & Co. Mannheim.  
O 4, 8/9 Telephon 662, 980, 2032  
**Hauptniederlage der Osramlampe.**  
Telephon 2021. P 2, 9

**kalttem Wetter**  
lassen Sie Ihre Schuhe mit unseren gut-  
bewährten U122a  
**Gummi-Sohlen**  
verschoben, da Sie durch diese trockene  
und warme Füße erhalten.  
**In 20 Minuten**  
bekommen Sie Ihre Stiefel bei  
**S. Tomberg & Co., G. 2, 12**  
besucht.  
Auch von jedermann leicht selbst  
anzukleben.  
**Neue Packpapiere**  
in Bogen und Rollen  
abzugeben.  
**Sig. Kuhn**  
Telephon 2058 T 9, 8 Telephon 2058.

**Amfliches Verfindigungsblatt**  
für den  
**Großherzoglich Badischen Amtsbezirk Mannheim**

Mittwoch, den 25. April 1917  
Nr. 31  
Veröffentlichungstag 1. Quartal  
Mannheim, den 25. April 1917

**Bekanntmachung**  
über den Handel mit Arzneimitteln.  
Der Handel mit Arzneimitteln ist vom 10. April 1917 ab nur solchen Vertriebsstellen gestattet, denen eine entsprechende Erlaubnis des Bundesrates erteilt worden ist.  
Diese Erlaubnis findet keine Anwendung  
1. auf Apotheken, die bereits vor dem 1. August 1914 mit einer Erlaubnis des Bundesrates ausgestattet sind, oder auf die in ununterbrechbarer Weise, oder aus sonstigen Gründen, die dem Bundesrat bekannt sind, mit dem Handel mit Arzneimitteln befasst sind.  
2. auf Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.  
3. auf Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.  
4. auf Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.  
5. auf Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.

**Verordnung**  
über die Verhältnisse der Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln.  
Die Verhältnisse der Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind durch folgende Bestimmungen geregelt:  
1. Die Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.  
2. Die Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.  
3. Die Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.

**Verordnung**  
über die Verhältnisse der Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln.  
Die Verhältnisse der Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind durch folgende Bestimmungen geregelt:  
1. Die Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.  
2. Die Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.  
3. Die Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.

**Verordnung**  
über die Verhältnisse der Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln.  
Die Verhältnisse der Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind durch folgende Bestimmungen geregelt:  
1. Die Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.  
2. Die Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.  
3. Die Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.

**Verordnung**  
über die Verhältnisse der Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln.  
Die Verhältnisse der Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind durch folgende Bestimmungen geregelt:  
1. Die Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.  
2. Die Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.  
3. Die Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.

**Verordnung**  
über die Verhältnisse der Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln.  
Die Verhältnisse der Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind durch folgende Bestimmungen geregelt:  
1. Die Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.  
2. Die Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.  
3. Die Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.

**Verordnung**  
über die Verhältnisse der Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln.  
Die Verhältnisse der Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind durch folgende Bestimmungen geregelt:  
1. Die Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.  
2. Die Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.  
3. Die Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln sind Apotheken, die von dem Bundesrat als Vertriebsstellen für den Handel mit Arzneimitteln anerkannt sind.

